

Leserbrief

Staatsratswahlen und Grossraubtiere

Georges Schnydrig, Visp

Verschiedene Parteien und ihre Kandidat*innen versuchen sich vor den Wahlen auch beim Thema Wolf ins richtige Licht zu rücken. Als Präsident des Vereins Lebensraum Wallis ohne Grossraubtiere und Co-Präsident des nationalen Vereins nachstehend einige Fakten: Den Steuerzahler kosten die heute rund 100 in der Schweiz lebenden Wölfe 25 Millionen Franken. Diese Finanzspirale dreht sich weiter nach oben. Das klare Ja zum Jagdgesetz aus dem Kanton Wallis und weiteren betroffenen Kantonen hat dazu geführt, dass jetzt plötzlich alle Parteien Lösungen zum Wolf anstreben wollen. Dabei wird weiter auf dem Buckel der betroffenen Landwirtschaft und Bevölkerung gestritten. Aktuell soll die Jagdverordnung angepasst werden. Der Verein hat sich nach der Abstimmung zum Jagdgesetz mit dem Schweizerischen Bauernverband ausgetauscht und eine IG Parlament in Bundesbern aufgebaut. Das Ziel: Verhinderung einer erneuten Debatte um das Jagdgesetz. Vorderhand richten sich die gesamten Bemühungen um die Lösung des Wolfsproblems. Für den Verein hat es im Siedlungsgebiet keinen Platz für Wölfe. Eine Bestandesregulierung der Wolfspopulation ist der einzig wirksame Ansatz, das weitere Aussterben der Berg- und Nebenerwerbslandwirtschaft zu stoppen und die Sicherheit für die Bevölkerung zu gewährleisten. Während aller bisherigen Debatten waren und sind Ständerat Beat Rieder und Nationalrat Franz Ruppen im Bundesparlament die grossen Treiber des Dossiers. Ich bin überzeugt, dass das Oberwallis diese Arbeit nicht nur in diesem Dossier zu schätzen weiss. Es ist klar, dass den zweiten Oberwalliser Staatsratssitz einzig Franz Ruppen garantieren kann.